



„Forster Erklärung“

Charta des polnisch-deutschen Netzwerks „eGovernment der Regionen“
– Interregional eDevelopment IED

I. Europäische Herausforderung

Die Erweiterung der Europäischen Union wurde am 1. Mai 2004 konkrete Wirklichkeit. Zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa sind Mitglieder der EU geworden. Vor uns steht die Herausforderung, diese Erweiterung zu gestalten. Neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen in Europas Regionen entstehen durch gemeinsame Initiativen, die regional getragen und verortet sind. Europas Regionen finden ihren Platz in einer sich zunehmend globalisierenden Welt. Sie finden ihren Weg zu einer gemeinsamen Modernisierung und ergreifen Chancen neuer technologischer Entwicklungen. Im Zentrum dieser Herausforderung stehen grenzüberschreitende Initiativen, die gleichzeitig Annäherung schaffen, zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und die Gemeinsamkeit des Öffentlichen Sektors stärken.

Europas Demokratie braucht eine Erweiterung der Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors. Bürger und Unternehmen müssen an der Entwicklung des öffentlichen Sektors das Zusammenwachsen Europas wahrnehmen können. Bei der Modernisierungsstrategie des öffentlichen Sektors spielt die Einführung von Instrumenten des eGovernment eine entscheidende Rolle. Kommunen und Regionen stehen vor der Herausforderung, diese Modernisierungsstrategie in einem europäischen Raum zu gestalten, „Über Grenzen hinweg...“ gemeinsame Ziele zu definieren und Initiativen umzusetzen. Globalisierung und Modernisierung finden vor allem einen Widerhall in den Metropolen Europas. In den Regionen außerhalb der Ballungsräume droht die Gefahr einer digitalen Abkoppelung (sog. „Digital Gap“) in einer umfassenden Weise mit wirtschaftlich dramatischen Folgen. Die Vermeidung dieser regionalen digitalen Kluft ist eine Kernaufgabe einer gezielten Modernisierungsstrategie, an der der öffentliche Sektor einen wesentlichen Anteil hat.

Der Erfolg dieser Modernisierung wird abhängen von ihrer kulturellen Verortung im erweiterten Europa. Umgekehrt wird die europäische Demokratie durch die erfolgreichen Strategien profitieren und gestärkt werden. Beides ist ohne einen erfolgreich umgebauten öffentlichen Sektor nicht möglich. Die Einführung von eGovernment in den Kommunen und Regionen wird daher nicht als selbstgenügsame Verwaltungsmodernisierung verstanden, sondern ist Bestandteil einer Entwicklung zu einem bürgernahen und wirtschaftlich leistungsfähigen Europa, das von seinen Bürgern und Unternehmen sozial gerecht und verantwortungsbewusst im Sinne einer Generationengerechtigkeit gestaltet wird.

II. Über Grenzen hinweg

... hat in den vergangenen Monaten ein intensiver deutsch-polnischer Gedankenaustausch stattgefunden, der sich mit den Möglichkeiten grenzüberschreitender eGovernment-Projekte beschäftigte. Diese konkrete Zusammenarbeit will die Attraktivität der Kommunen an der Grenze durch ein gemeinsames Angebot erhöhen helfen. Die Bedeutung von interkommunalen Projekten und grenzüberschreitenden Aktivitäten finden in einem zusammenwachsenden Europa als Partnerschaften eine zusätzliche Dimension: Sie stellen einen europäischen Kooperations-Mikrokosmos dar und tragen wesentlich zum Gelingen des "europäischen Projektes" bei.



Durch die EU-Erweiterung wird die Grenze zwischen Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Polen zu einem Bindeglied für grenzüberschreitende Prozesse. Dabei handelt es sich um eine Grenze mit vielen historischen Bürden. Diesen kann man nur durch eine gemeinsame Zukunftsperspektive in Europa gerecht werden. Das Netzwerk „eGovernment der Regionen – Interregional eDevelopment IED“ will das Zusammenwachsen der Grenzregionen in einem vergrößerten Europa unterstützen, aber auch die notwendige Sensibilität für die historische Erbschaft fördern und berücksichtigen. Grenzüberschreitendes eGovernment erarbeitet gemeinsam Vorteile für die Region.

Gemeinden sind dafür ein entscheidender Ausgangspunkt. Doch kommunales eGovernment („Virtuelles Rathaus“) ist einzubetten in die Aktivitäten der Regionen, der Marschallämter und der Länderregierungen. Neben der horizontalen Integration von Dienstleistungen ist auch die vertikale Verknüpfung der Zuständigkeiten von wesentlicher Bedeutung.

III. Bürgergesellschaft und eGovernment – die bürgerschaftliche Beteiligung fördern

In dem Wort Bürgergesellschaft verbinden sich zwei politische Wertvorstellungen: die Idee des Citoyen oder der Citoyenne in der Tradition der französischen Revolution und die Vorstellung von einer sich selbst organisierenden sozialen und politischen Gemeinschaft. Die Bürgergesellschaft versteht sich als selbstbewusste Instanz gegenüber dem Staat. In dieser Verbindung schwingt also der Leitgedanke der Selbstorganisation, des Einsatzes für das politische und soziale Gemeinwesen, das bürgerschaftliche Engagement und auch die gegenseitige politische Anerkennung der Subjekte mit. Engagement in der Bürgergesellschaft bedeutet nicht delegieren, sondern sich aktiv beteiligen. Repräsentation wird durch Partizipation ergänzt.

Unter dem Druck der zu erwartenden radikalen Veränderung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat durch die Einführung von eGovernment entstehen neue Anforderungen an die Bürgergesellschaft. Neue Formen der gesellschaftlichen Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements sind gefragt. Hierzu bedarf es seitens der Bürgerinnen und Bürger sowohl des Willens als auch der realen Möglichkeit der Mitgestaltung des sozialen und politischen Alltags. Auf Seiten der staatlichen Institutionen und Behörden bedarf es der Bereitschaft, die Bürger und Bürgerinnen aktiv einzubeziehen.

Damit das Engagement der Citoyen und Citoyenne sich entwickeln kann, sind Informationen zum Verständnis der sich technologisch und organisatorisch verändernden Welt notwendig. Die Anerkennung und Einbeziehung des bürgerschaftlichen Sachverständes wird dazu führen, dass sich das kommunale Leben verbessert, weil die Entscheidungen mit den Bedürfnissen der BürgerInnen übereinstimmen.

Mit Blick auf den Prozess der Gestaltung des eGovernment und der damit einhergehenden Veränderungen ist die Bürgergesellschaft folgendermaßen gefordert: Sie kann sich an der Gestaltung von eGovernment beteiligen, d.h. ihre Bedürfnisse und Anforderungen in ein sich neu definierendes Verhältnis von Bürger und Staat stellen. Es handelt sich dabei um Governance-Verfahren im öffentlichen Sektor von Staat und Verwaltung. Zudem birgt die Einführung von eGovernment die Möglichkeit, dass sich auch neue Formen von Partizipation entwickeln können. Partizipationen, die nicht nur auf die Einführung von eGovernment beschränkt sind, sondern auch andere Lebensbereiche betreffen. Diese neuen Formen von Governance können auch elektronische Verfahren sein, also Verfahren von eGovernance.



Das politische Gestalten der Informationsgesellschaft vollzieht sich erweitert auch auf elektronischem Wege.

IV. eGovernment für strukturschwache Gebiete

Die Partner des Netzwerkes sehen in den Instrumenten und Werkzeugen von Electronic Government und in den Konzepten zum virtuellen Rathaus erhebliche Chancen für Kommunen, Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Partizipation in strukturschwachen Regionen. Solche eGovernment-Ansätze und Kooperationen repräsentieren Regionen im Internet und erhöhen durch die Verbreitung von Informationen die Attraktivität der betroffenen Region. Dies kann z.B. durch gemeinsame grenzüberschreitende Portale erreicht werden.

Die Initiatoren des Netzwerkes gehen davon aus, dass durch gemeinsame regionale Ansätze Verwaltungen modernisiert und verbunden werden können, Bürgerfreundlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen erhöht und Entscheidungsprozesse transparenter angelegt werden können. Die Erreichbarkeit der jeweiligen Verwaltung bzw. des jeweiligen Amtes in einer strukturschwachen Region kann durch virtuelle Angebote verbessert werden. Dadurch erfahren BürgerInnen und Unternehmen in ländlichen Gegenden deutliche Vorteile.

Die ökonomische Entwicklung und das soziale Zusammenleben auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft sind darauf angewiesen, dass die Menschen in den Regionen ihr Wissen ständig erweitern, anpassen und erneuern. Regionale Lösungen öffnen neue Lernräume, unterstützen lernende Regionen, erlauben den Abbau der digitalen Spaltung. Sie erleichtern die Zugänglichkeit zu den Potenzialen der Wissensgesellschaft. Für alle Formen des Lernens, der Weiterbildung und der Ausbildung sind jedoch vor allem zwei Punkte wichtig: Der öffentliche Zugang zu Computer und Internet sowie die Kompetenz, beides anzuwenden. Wir wollen die Kluft zwischen Nutzern und Nichtnutzern überwinden helfen. Ohne verfügbare Netzinfrastruktur und ohne ausgebildete „Onlinekompetenz“ werden die Menschen den Anschluss an die Wissensgesellschaft verlieren.

V. Herausforderung eins: Kommunen in der Informations- und Wissensgesellschaft – Change-Management gemeinsam gestalten

Beidseitig der Oder und Neiße findet unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen die Arbeit in den Rathäusern und Landratsämtern statt. Wenige industrielle Zentren, hohe Arbeitslosigkeit und zunehmender Wegzug der Bevölkerung kennzeichnen u.a. die Situation. In dieser Zeit kommt der interkommunalen Zusammenarbeit ein immer höherer Stellenwert zu. Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung bzw. Aufgabenteilung sind eine Möglichkeit, um Service- und Dienstleistungsqualitäten zu sichern und zu erhöhen. Bereits das Gespräch über Probleme zwischen den Verwaltungsangehörigen unterschiedlicher Institutionen ist nicht zu unterschätzen und fördert so manche Lösungsvariante zu Tage. Dieser Prozeß geht einher mit den notwendigen Modernisierungen der Verwaltungen. Dabei spielen die eGovernment-Projekte eine wichtige Schlüsselrolle. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass sich die neue, von der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Europäischen Union geprägte Region, den Wettbewerb der Standorte für Wirtschaft und Einwohner nur erfolgreich stellen kann, wenn die Kommunen auf ein starkes selbstorganisiertes lokales Netzwerk zurückgreifen können. Ein solches kann sich kurzfristig zu einem Schrittmacher der kommunalen deutsch-polnischen regionalen Verwaltungsarbeit entwickeln. Dabei steht nicht nur die Frage nach grenzüberschreitenden elektronischen Diensten im Vordergrund, sondern u.a. auch die Ausbildung der



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Medienkompetenzen. Denn die erfolgreiche Nutzung von eGovernment-Projekten in den kommunalen Behörden hängt wesentlich vom Wissen über das Thema und vom Verständnis der Vorgänge und Prozesse ab. Dieses zu vermitteln, ist eine grundsätzliche Voraussetzung für dieses Netzwerk. Das Wissen um Strukturen der jeweils anderen Kommunalverwaltungen, des Verwaltungshandelns und der gemeinsamen Geschichte und Kultur beiderseits von Oder und Neiße muß ebenso zum selbstverständlichen Rüstzeug der in den Verwaltungen tätigen Menschen gehören, wie die Kenntnis über das Wesen der Europäischen Union. Bei all diesen Themen gibt es in den Kommunalverwaltungen den Bedarf der Bildung. Das trifft auch für Verwaltungsprozesse und Modernisierungen zu. Städtepartnerschaften bilden dabei eine wichtige kommunale Basis. Im Netzwerk organisiert lassen sich die Chancen des eGovernment in der grenzüberschreitenden Region auch in Erfolge umwandeln.

VI. Herausforderung zwei: Innovation und Beschäftigungssicherung durch regionalisiertes eGovernment – Neue Wege der elektronischen Wirtschaftsförderung

Durch die Bereitstellung von regionalen eGovernment-Diensten können neue Wirtschaftsangebote und Wirtschaftsräume entstehen, regionale Vermarktung, aber auch regionale Kooperation von Unternehmen kann gefördert werden. Virtuelle Rathäuser haben einen entscheidenden Anteil an der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Die Dienstleistungen des Virtuellen Rathauses haben für Unternehmen einen hohen Stellenwert:

„Der Wandel der Verwaltung hin zu neuen Formen des ‚Virtuellen Rathauses‘ und des ‚Electronic Government‘ stellt eines der zentralen Themen der Zukunft des öffentlichen Sektors dar. Dahinter verbirgt sich nicht nur eine Einführung von EDV sondern die weitreichende Umorganisation der Verwaltungsabläufe und des „Backoffice“. Das entstehende Dienstleistungsportfolio beeinflusst nicht nur die Stabilität der vorhandenen Arbeitsplätze in der Verwaltung sondern auch die Stabilität der Arbeitsplätze von Mittelstand, Handwerk, Selbstständigen und Existenzgründer/innen, die bei ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten auf Leistungen der Kommune unmittelbar oder mittelbar angewiesen sind. Umfassende Ansätze zur Veränderung (Changemanagement) können deshalb nicht länger nur als eine verwaltungsinterne Angelegenheit angesehen werden. Das ‚Virtuelle Rathaus‘ hat eine strategische Bedeutung und entsprechende Auswirkungen für Wirtschaft und Beschäftigung in der Region. Verwaltung und Beschäftigtenvertretung haben deshalb nicht nur eine Verantwortung für die Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit sondern auch für die externen wirtschaftlichen Folgewirkungen, auch für die Stabilität der Arbeitsplätze im Umland.“ (Auszug aus der „Dialoginitiative Dritte Esslinger Erklärung“ CeBIT 2004 an das Projekt MEDIA@Komm-TRANSFER des Bundesministeriums Wirtschaft und Arbeit).

Um die Potenziale und Chancen der „elektronischen Wirtschaftsförderung“ zur Geltung zu bringen, bedarf es regionaler Netzwerke und der regionalen Innovationspartnerschaften. Erst diese ermöglichen es, neue elektronische wirtschaftsförderliche Dienstleistungen der Kommune für Unternehmen, Handwerk, Existenzgründer, Beschäftigte und Selbstständige zu identifizieren und umzusetzen. Instrumente dazu sind der Aufbau von „Anwenderforen“ und die Nutzung des „Public-Private-Partnership“. Damit werden Eckpunkte für die Sicherung und den Aufbau von Beschäftigung und die Einhaltung sozialer Standards gesetzt.



VII. Herausforderung drei: Soziale Innovationen für eine starke Zivilgesellschaft

Die Stärke einer Region entsteht in der Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Bürgerinnen und Bürger am Prozess der regionalen Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft- und Wissensgesellschaft. eGovernment in der Umsetzung der Kommunen und Kreise bedeutet über die Verwaltungsmodernisierung hinaus eine Veränderung im Bereich der Selbstverwaltungsorgane und der Bürgerbeteiligung. Mehr Informationen werden für die kommunale Entscheidungsfindung und für die Willensbildung der BürgerInnen zur Verfügung stehen. Informationen als Entscheidungsgrundlage für die BürgerInnen sind die eine Seite. Mögliche Beteiligungsverfahren und Partizipationsmodelle sind die andere Seite einer sich erweiternden Demokratie. Der Zugang zu Information, der Aufbau von Beteiligungsverfahren und selbstverantwortlichen Netzwerkstrukturen braucht neben öffentlichen Zugangsmöglichkeiten weitere Unterstützung, die die Handlungskompetenz der Akteure in Online-Verfahren stärkt. Die Onlinekompetenz der Bürger bedarf der Förderung durch politische Bildung, die sich an den neuen Verfahren der Verwaltung orientieren. Gleichzeitig verändert sich politische Bildung zu einem aktiven Motor in der bürgerschaftlichen Netzwerkkooperation hin zu einem Empowerment für eine starke Zivilgesellschaft.

Die Möglichkeit für alle Akteure einer Bürgerschaft sich an der Entwicklung hin zur Informations- und Wissensgesellschaft zu beteiligen benötigt soziale Innovationen. Lernen im regionalen Umfeld, das auf einer geschäfts- und arbeitsprozessorientierten Weiterbildung ansetzt, ist eine Voraussetzung um dem sog. „Digital Divide“, der digitalen Spaltung entgegenzuwirken. Die Vermittlung von Onlinekompetenz als einer Voraussetzung, sich in virtuellen Räumen und Gemeinschaften zu orientieren, aber auch dort beruflich tätig zu sein, wird ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region sein.

VIII. Ziele des Netzwerkes

Als Ziel hat sich das Netzwerk die Organisation eines grenzüberschreitenden, transparenten und offenen Erfahrungs- und Know-how-Transfers zwischen polnischen und deutschen Partnern gesetzt. Dazu gehören mehrsprachige Veranstaltungen, Workshops, Diskussionen zu unterschiedlichen Bereichen des eGovernment sowie elektronische Kommunikations- und Informationsplattformen.

Sie sollen sich bedarfsgerecht an den Bedürfnissen und dem Bedarf von strukturschwachen Gebieten orientieren. Kommunen und Kreise, regional ansässige Unternehmen sowie andere Partner beteiligen sich an den Definition und Umsetzung praxisnaher Projekte. Sie formulieren die jeweiligen regionalen Interessen. Das Netzwerk „eGovernment der Regionen – Interregional eDevelopment IED“ kann die Bereitstellung von Wissen organisieren und den Beginn einer neuen grenzübergreifenden Zusammenarbeit moderieren. Die Arbeit des Netzwerkes basiert auf der Verankerung der Projekte in den Regionen.

Aus grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Partnerschaften sollen interregionale Best-Practice-Modelle für andere angrenzende Regionen entstehen. Das Netzwerk will nicht nur in der unmittelbaren deutsch-polnischen Grenzregion tätig sein. Deutsch-polnische Projekte können auch aus Städtepartnerschaften oder Kreispartnerschaften entstehen.

Zur Unterstützung der regionalen Entwicklung und um die Nachhaltigkeit der Arbeit sicherzustellen, soll ein großer Teil der Projekte in Public-Private-Partnership organisiert werden. Public-Private-Partnership bedeutet die Zusammenarbeit von Unternehmen und Verwaltung-



gen bei der Entwicklung, Strategie und letztendlich bei der Realisierung von Projekten. Wir gehen davon aus, dass neue Projekte auch wirtschaftlich tragfähig sein müssen. Die Kooperation mit Unternehmen aus der jeweiligen Region soll dies ermöglichen und sicherstellen, dass Projekte - auch nach dem Ende einer eventuellen öffentlichen Förderung - weiterbestehen können. Kommunale Projekte, die die Kommunen aus eigener Kraft umsetzen, unterstützen den deutsch-polnischen Austausch, da in ihnen Erfahrungen entstehen, die in die Projekte des Netzwerkes einfließen.

IX. Arbeitsweise und Mitglieder des Netzwerkes

Zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerkes gehören Vertreter und Vertreterinnen aus Kommunen, Forschung, Politik, Wirtschaft, gesellschaftlichen Gruppen, Arbeitswelt und Bildungsträgern aus Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg und Wielkopolski, Lubuskie, Małopolska sowie weiteren Standorten in Polen. Die Kooperation organisiert sich als eine grenzüberschreitende deutsch-polnische Partnerschaft, um den neuen Anforderungen an die Region in Europa gerecht zu werden. Das Netzwerk ist offen für Institutionen, lokale Verwaltungen, öffentliche Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU/SME) und Einzelpersonen, die sich mit dem Ziel der Entwicklung von eGovernment-Konzepten und -Prozessen in den deutschen und polnischen Regionen einbringen wollen.

X. Handlungsbedarf und exemplarische grenzüberschreitende Projekte

Das Netzwerk „Interregional eDevelopment IED“ schlägt den Partnerinnen und Partnern in Kommune, Region, Marschallamt und Land folgende Handlungsschritte vor und ist bereit, die Moderation der Themen vorzunehmen. Das Ziel ist die Schaffung von örtlichen, regionalen und überregionalen Projekten in polnisch-deutscher Kooperation. Vordringlich erscheinen folgende Module:

- **Aufbau eines gemeinsamen polnisch-deutschen eGovernment-Portals für Kommunen und Regionen**

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Kommunen spricht sich das IED-Netzwerk für den Aufbau eines gemeinsamen eGovernment-Portals aus. Es soll mehrsprachig Informationen verfügbar machen und die Kommunikation zwischen Verwaltungen, Wirtschaft und BürgerInnen beiderseits der Grenze erleichtern. Zudem soll es den Einstieg in die gemeinsame Nutzung von elektronischen Diensten der Kommunen als Transaktionen befördern. Das Portal soll die Kooperationen mit anderen wirtschaftlichen und behördlichen Netzwerken unterstützen. Das Portal soll Anlaufpunkt und Navigationshilfe für grenzüberschreitendes kommunales eGovernment sein.

- **Entwicklung und Umsetzung eines Lern- und Transfervorhabens zur Verbreitung der „Kritischen Erfolgsfaktoren“ des kommunalen Changemanagements**

Die polnische und die deutsche Regierung streben eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des eGovernment an. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben „MEDIA@Komm-Transfer“ soll der Erfahrungs- und Praxisaustausch gestärkt werden. Aus dem früheren Vorhaben „MEDIA@Komm“ aus der Zeit von 2000 bis 2003 ent-

stand ein anwendungs- und nutzungsgerechtes Handlungskonzept unter dem Namen „Erfolgsmodell kommunales Electronic Government – Erfolgsfaktoren: Was bei der Gestaltung virtueller Rathäuser zu beachten ist“. Dieses aufbereitete Erfahrungswissen wurde durch vielfältige wissenschaftliche Erkenntnisse erweitert. Es dient als Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger und ermöglicht ein an Standards orientiertes Changemanagement. Die polnisch-deutsche Zusammenarbeit kann durch eine Modifikation und Anpassung der „Kritischen Erfolgsfaktoren“ auf die Gegebenheiten der Kommunen im polnisch-deutschen Grenzraum und auf die Anforderungen eines grenzüberschreitenden eGovernment-Ansatzes in ein an internationalen Standards geprüftes Fundament gefasst werden. Dazu ist die gemeinsame Sichtung der „MEDIA@Komm“-Ergebnisse und deren Aufbereitung in ein mehrsprachiges Knowledge-Management-Angebot erforderlich. Das Projekt eines diesbezüglichen proaktiven Lern- und Transferprozesses soll unter dem Dach des IED-Netzwerkes eine Priorität genießen.

- **Aufbau einer gemeinsamen grenzüberschreitenden polnisch-deutschen Arbeitsebene für „elektronische Wirtschaftsförderung“**

Auf polnischer und auf deutscher Seite werden derzeit Erfahrungen mit neuen staatlichen und kommunalen elektronischen Diensten für Betriebe, Handwerk, Existenzgründer, Beschäftigte und Selbstständige gesammelt. Die Ansätze für „elektronische Wirtschaftsförderung“ werden bislang getrennt an den jeweiligen Wirtschaftsstandorten entwickelt und erprobt. Nach Ansicht des IED-Netzwerkes ist eine grenzüberschreitende Kooperation und Synchronisierung der Maßnahmen erforderlich. Um den polnisch-deutschen Grenzraum als gemeinsame Wirtschaftsregion zu fördern und Beschäftigung und Unternehmen zu sichern, sind Schritte in Richtung einer abgestimmten grenzüberschreitenden „elektronischen Wirtschaftsförderung“ und ein diesbezügliches Standortmarketing zu gehen. Dabei sollen Erfahrungen anderer kommunaler eGovernment-Standorte und Partner wie etwa „forum wiley-online“ und „Cities on Internet“ Berücksichtigung finden. Unter dem Dach des IED-Netzwerkes wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter IED-Moderation gebildet, die Maßnahmen und Projekte sondiert.

- **Aufbau einer gemeinsamen polnisch-deutschen Arbeitsebene für elektronische Vergabeverfahren**

Für kleinere und mittlere Unternehmen ist die Beteiligung an Ausschreibungen der öffentlichen Hand ein wichtiger Auftragsfaktor. Die Nähe von brandenburgischen Unternehmen zu Polen und die Nähe von polnischen Unternehmen zu Brandenburg bzw. zu Ostdeutschland werden mit dem EU-Beitritt Polens zu einer stärkeren Verflechtung des gemeinsamen Marktes führen. Die öffentliche Hand auf beiden Seiten der Oder und Neiße wird ein wichtiger Auftragsfaktor für die Unternehmen der Region. Im Zentrum stehen dabei die Kommunen mit ihren Ausschreibungen und ihren komplexen Richtlinien. Die öffentliche Hand wird ihre Ausschreibungsverfahren schrittweise auf eine elektronische Basis der Vergabe umstellen. Die elektronischen Vergabeplattformen sind jedoch zunächst nicht mehrsprachig zugänglich. Auf den Vergabeplattformen spiegeln sich die komplexen Fragen nationaler oder auch europäischer Rechtsfragen. Neben den Fragen der Ausschreibung und den gesetzlichen Regelungen, kommt die Notwendigkeit der Kenntnisse über die Geschäftsbedingungen und der Vertragsbedingungen des Partnerlandes. Erleichtert wird eine Marktteilnahme im europäischen Nachbarland in der Regel durch eine Unternehmenskooper-

ration, über die dann häufig auch die Beteiligung an der Ausschreibung sichergestellt wird. Vor diesem Hintergrund bedarf es der Erarbeitung von Hilfestellungen bei der Beteiligung an elektronischen Vergabe- und Ausschreibungsverfahren für deutsche und polnische Unternehmen. Sie sollen ferner Unterstützung geben bei Kooperationen auf dem gemeinsamen europäischen Markt. Folgende Faktoren sind zu beachten: Mehrsprachigkeit der Vergabeplattform und Mehrsprachigkeit der Ausschreibungen, Kommunale Vergabe- und Ausschreibungsplattformen für deutsche und polnische Kommunen, Mehrsprachigkeit der Rechtsgrundlagen, Handlungsleitfaden zur systematischen Erschließung der Rechtsgrundlagen in beiden Sprachen, Geschäfts- und arbeitsprozessorientierte Tools zur Unterstützung der Beteiligung, Geschäfts- und arbeitsprozessorientierte Weiterbildung im jeweiligen Vertrags- und Handelsrecht für Deutschland und für Polen sowie für die entsprechenden EU-Richtlinien, Förderung von virtuellen länderübergreifenden Unternehmenskooperationen durch eine entsprechende technologische Basisplattform, Interkulturelle Kompetenz. Das IED-Netzwerk spricht sich für den Aufbau einer Arbeitsgruppe aus, die die Bedarfe spezifiziert und vorhandene Initiativen integriert. Beteiligte der Arbeitsgruppe sollten deutsche und polnische Kommunalvertreter, deutsche und polnische Unternehmen, deutsche und polnische IHK-Vertreter, Gewerkschaften sowie Forschungseinrichtungen sein. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe ein Konzept für ein Projekt zu entwickeln, das vorhandene Initiativen aufgreift und integriert, aber auch für die speziellen deutsch-polnischen Bedarfe weiterentwickelt.

- **Aufbau einer Arbeitsebene für interkommunales eGovernment zur Stärkung der Zusammenarbeit polnischer und deutscher Kommunen**

Dem Titel der Veranstaltungen folgend sollen Grenzen überschritten werden. Mit Grenzen sind hier aber nicht nur die Staatsgrenzen, sondern insbesondere auch die zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten (Land, Landkreis, Gemeinde, kreisfreie Stadt etc.) gemeint. Interkommunale Kooperation und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit bilden einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die breite Umsetzung von eGovernment und den damit verbundenen Zielen zum Aufbau einer zukunftsfähigen, dienstorientierten und effizienten Verwaltung insbesondere im kommunalen Bereich. Eine solche Interkommunale Kooperation zielt zukünftig nicht nur auf die gemeinsame Konzeption und Finanzierung leistungsfähiger technologischer Systeme. Das eigentliche Potenzial liegt darin, die neuen technologischen Möglichkeiten als Chance zu begreifen, die Arbeitsprozesse in und vor allem zwischen Verwaltungen grundlegend neu zu durchdenken und zu gestalten. Das Netzwerk wird sich im Rahmen einer Arbeitsgruppe diese Aufgabe stellen. Dabei werden zum einen die Erfahrung aus erfolgreichen themenverwandten interkommunalen Projekten bei der Erarbeitung eines regionalen und grenzüberschreitenden Ansatzes einbezogen. Zum anderen wird gerade der beispielhafte Aufbau Staatsgrenzen überschreitender Wirtschafts- und Lebenslagen innerhalb eines Portals ein Erfolgsfaktor für die Grenzregion darstellen.

- **Aufbau einer gemeinsamen polnisch-deutschen Wissens- und Lernplattform**

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen in Polen und Deutschland benötigt als Drehscheibe der Erfahrungen und Informationen eine mehrsprachige Wissens- und Lernplattform. Diese Plattform soll Verwaltungen, Betrieben und Bürger/innen beim Umgang mit grenzüberschreitenden eGovernment-Diensten alltagsnah und bedarfsgerecht zur Seite stehen. Sie bietet arbeits- und geschäftsprozessorientierte Weiterbildung, sie fördert die Pflege der technikbezogenen Basiskenntnisse, sie begleitet

die Anwendung von kommunalen elektronischen Dienstleistungen und sie bündelt neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung. Die Realisierung dieser Lerninfrastruktur erfolgt in Form einer Public-Private-Partnership. Die vom IED-Netzwerk angestrebte Wissens- und Lernplattform kombiniert zum einen Erfahrungen und Leistungen der vorhandenen Initiativen und Projekte beiderseits der Grenze. Andererseits stößt das Vorhaben auch Neuentwicklungen an. Eine entsprechende Arbeitsgruppe im IED-Netzwerk sammelt die Vorschläge und Ideen, um ein Projektkonsortium für die praktische Umsetzung zu gewinnen.

- **Aufbau einer Partnerschaft „Polnisch-Deutsche Zivilgesellschaft“**

Um den Prozess der Einführung von Electronic Government erfolgreich zu begleiten und um nutzungsgerechte regionale Portale bedarfsorientiert aufzubauen, sind zivilgesellschaftliche Aktivitäten eine notwendige Bedingung. Deshalb will das IED-Netzwerk kommunale und regionale Entscheidungsträger, Gruppen der Zivilgesellschaft, Bürgerinitiativen und soziale Träger ermutigen, sich an dem offenen Gestaltungsvorgang zu beteiligen. Dazu wird das IED-Netzwerk mit seinen Partnern entsprechende Veranstaltungen, Initiativen und Studien anstoßen. Beispielhaft sei dabei auf die Debatte um die Inhalte des Informationsfreiheitsgesetzes hingewiesen. Hier liegen in Polen und in Deutschland unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen vor. Mit diesbezüglichen Themenveranstaltungen soll die Kooperation zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen gefördert und der Weg hin zu einer Polnisch-Deutschen Partnerschaft geebnet werden.

Der dritte Workshop des Netzwerkes „eGovernment der Regionen – Interregional eDevelopment IED“ hat diese Charta am 3. Juni 2004 in der Stadt Forst/Lausitz beraten und verabschiedet. Die gemeinsame polnisch-deutsche Veranstaltungsreihe „ÜBER GRENZEN HINWEG - eGovernment in strukturschwachen Regionen“ wurde von einem grenzüberschreitenden Initiativkreis gestartet. Die Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung, das Hochschulkolleg E-Government der Alcatel SEL Stiftung, das Forum Soziale Technikgestaltung, das vom Fraunhofer FOKUS Berlin in Verbindung mit dem Fraunhofer eGovernment Zentrum getragene Forum "EGOV.BERLIN-BRANDENBURG", die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und die polnische Organisation "Cities on Internet"-Association haben durch diese Veranstaltungsreihe einen länderübergreifenden eGovernment-Dialog organisiert. Die Veranstaltungsreihe wurde von einem Netzwerk regionaler und interdisziplinärer Partner unterstützt. Eingeladen waren deutsche und polnische Verantwortliche und Akteure aus Kommunen und Verwaltungen, aus Unternehmen, Universitäten und der Zivilgesellschaft.

Zu den Erstunterzeichnenden der „Forster Erklärung“ (IED-Charta) gehören:

Polnische UnterzeichnerInnen:

Józef Lewandowski, Vorstandsmitglied der Wojewodschaft Wielkopolski, Poznan

Ireneusz Brzezinski, Stadt Zary,

Krzysztof Glomb, Cities on Internet Assoziation, Tarnow

Beata Szefer, Deutsch-Polnische Gesundheitsakademie, Forst (Lausitz)

Maciej Drozdowski, Wojewodschaft Wielkopolski, Poznan

Eduard Kosmicki, Wojewodschaftskommandantur der staatlichen Feuerwehr, Gorzow

Magdalena Bilinska, Wojewodschaftskommandantur der staatlichen Feuerwehr, Gorzow

Fransiszek Feodorowicz, Stadt Zagan

Magdalena Augustyniak, Stadt Zagan



Marek Bigosinski, Stowarzyszenie WOKISS, Poznan
Marta Kowalczyk, Frankfurter Institut für Transformationsstudien (F.I.T)
der Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder
Sebastian Stachowicz, Central & Eastern Europe Channel Manager
Graphical Data Capture Ltd, London, United Kingdom, Poznan
Piotr Staniszewski, Handelsdirektor öffentlicher Sektor, EMAX, Poznan
Sebastian Górski, Redakteur BIP der Stadt Lubsko, Lubsko
Zdzislaw Lubas, Gemeindeleiter von Wymiarki, Wymiarki
Marek Cieslak, Vorsitzender des Lausitzer Gemeindebund, Zary
Roman Pogorzelec, Bürgermeister von Zary, Zary
Helena Hatka, Beraterin des Direktors, Wojewodschaftamt Lubuskie, Gorzów Wielkopolski.

Deutsche UnterzeichnerInnen:

Franz-Reinhard Habel, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
Jürgen Goldschmidt, Stellvertretender Bürgermeister der Stadt Forst (Lausitz)
Sven Zuber, Amtsleiter der Stadt Forst (Lausitz),
Inka Thunecke; Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Dirk Arendt, Fraunhofer Institut FOKUS, Berlin
Welf Schröter, Forum Soziale Technikgestaltung, Stuttgart
Dr. Dieter Klumpp, Geschäftsführer der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung,
Stuttgart
Christoph Bruch, Humanistische Union Berlin
Dr. Andrea Grochtmann, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg,
Potsdam
Dr. Helmut Drüke, Capgemini Berlin
Dorothea Gruhnwald, Capgemini Berlin
Jens Fromm, World Trade Center Frankfurt (Oder)
Hans-Joachim Karl, Computer Zentrum GmbH, Straußberg
Sigrid Reich, Frankfurt (Oder)
Wolfram Ebeling, TUIV-AG Brandenburg, Frankfurt (Oder)
Gerd Seidel, Guben
Irene Krebs, Lehrstuhl Industrielle Informationstechnik der Brandenburgische Technische
Universität Cottbus
Matthias Rehm, Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, TWG, Gorzow
Petra Ketzer, Referentin, Potsdam
Bernd Rowek, Sachbearbeiter im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
Mario Dompke, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Projektträger im DLR,
Gruppe NIK, Bonn
Andreas Kraft, Vorstand Verein Mediakomm e.V., Esslingen
Dr. Thomas Keiser, Geschäftsführer der Tellur GmbH, Projekt PRODELA, Stuttgart
Peter Miez-Mangold, Vorstandssprecher der 21 LearnLine AG, Freiburg
Eugen Baacke, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Bad Urach
Dr. Claudia Neuseuss, Projekt- und Politikberaterin, Berlin
Stefan Jung, Gründer und geschäftsführender Partner Public One, Berlin
Olga Drossou, Referentin Heinrich-Böll-Stiftung (Berlin)
Dirk Knäpper, Key Account Manager eGovernment, Six Offene Systeme GmbH
Marco Brunzel, City and Bits, Berlin
Dr. Stephan Beetz, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Volker Wiedersberg, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam



Christiane Ziller, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Dr. Gerhard Reinfeld, Bürgermeister Stadt Forst, Forst (Lausitz)
Doreen Kubisch, Universität Potsdam, Potsdam
Prof. Dr.-Ing. Uwe Meinberg, Fraunhofer-Anwendungszentrum für
Logistiksystemplanung und Informationssysteme (ALI), Cottbus
Sylvia Biel, Studentin Fachhochschule Harz am Fachbereich Verwaltungswissenschaften,
Berlin
Prof. Dr. Walter Gora, Vizepräsident EDS, Frankfurt/Main
Dr. Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Prof. Dr. Margrit Falck, FH für Verwaltung und Rechtspflege Berlin.
Adam Gutkind, Freie Universität Berlin, Berlin
Prof. Dr. Dietmar Wikarski, FH Brandenburg, SG Wirtschaftsinformatik, Brandenburg/Havel
Prof. Dr. Rolf Karbaum, Oberbürgermeister der Stadt Görlitz, Görlitz
Uwe Spindler, Geschäftsführer Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Martin Patzelt, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Oder, Frankfurt/Oder
Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE),
Berlin
Dr. Michael Tschichholz, Fraunhofer eGovernment Zentrum, Fraunhofer FOKUS, Berlin
Günter Weick, Unternehmensberatungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Cott-
bus; Cottbus

Kontakt:

Inka Thunecke
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Charlottenstraße 30
14467 Potsdam
Tel: ++49-331-2800786
Fax: ++49-331-292092
thunecke@boell-brandenburg.de
www.iednet.org